

## **EIL-A6NEU** We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün  
Beschlussdatum: 01.06.2018  
Tagesordnungspunkt: 7. .7.3 Inhaltliche Anträge  
Status: Modifiziert

1 In den meisten Städten in Deutschland ist das Thema Wohnen zu einer  
2 existentiellen Frage geworden. Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen  
3 leiden darunter, dazu gehören meistens auch Studierende. Neben finanziellen  
4 Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale eine Rolle, aufgrund dessen  
5 bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Im  
6 studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische Studierende, die während  
7 der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer Erhöhung, Ausweitung und  
8 Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten fordert Campusgrün  
9 weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um die Verteuerung von  
10 Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum wieder mehr an die  
11 Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem Beschluss  
12 „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr 2013 sieht  
13 Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

### 14 **1. Verschärfung der Mietpreisbremse**

15 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und  
16 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten  
17 Regionen, Wiedervermietungsmieten liegen oftmals weiterhin über der  
18 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und  
19 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der  
20 Mietpreisbremse:

- 21 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre  
22 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln  
23 ausschlaggebend sind
- 24 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und  
25 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 26 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende  
27 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 28 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen  
29 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 30 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter\*innen gegenüber  
31 Mieter\*innen einführen

### 32 **2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial- 33 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!**

34 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das  
35 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende

36 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,  
37 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.  
38 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen  
39 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als  
40 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise  
41 Wohnraummangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,  
42 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass  
43 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und  
44 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von  
45 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 46 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich  
47 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 48 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 49 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 50 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten  
51 steuerlich begünstigen
- 52 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur  
53 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 54 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle  
55 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

### 56 **3. Förderung bezahlbaren Wohnens**

57 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von  
58 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und  
59 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, , um den Bedarf an bezahlbarem  
60 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf  
61 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf  
62 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene  
63 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher  
64 fordert Campusgrün:

- 65 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende  
66 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 67 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den  
68 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 69 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen  
70 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 71 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von  
72 Wohnheimplätzen über den Bund
- 73 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

74 **4. Recht auf Wohnen**

75 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf  
76 einen angemessenen Lebensstandard“ Jedem Menschen hat das Recht auf eine Wohnung  
77 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jedem Menschen  
78 Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

79 **5. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen**

80 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die  
81 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.  
82 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.  
83 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:  
84 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter  
85 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

86 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-  
87 gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)